



„Ein Sonderweg, der strikt abzulehnen ist. Bundesweit sind derzeit gerade einmal 41 Kommunen beigetreten. Ich denke diese Zahl belegt, dass dieser Weg nicht der richtige sein kann.“

Klaus Göldner,
Fraktionsvorsitzender der FLU

Hellweger Anzeiger vom 29.02.20



Auf der griechischen Insel Lesbos kommen weiterhin viele Flüchtlinge an – unter ihnen zahlreiche Kinder ohne Eltern.

FOTO AFP

Streit um Flüchtlingskinder eskaliert im Stadtrat

UNNA. Wie viele Flüchtlinge kann, wie viele sollte Unna aufnehmen? Was ist finanziell leistbar und was menschlich? Diese Frage führt in der Politik zu einer heftigen Auseinandersetzung.

Von Anna Gemünd

Es geht um drei, vielleicht fünf Kinder. Kinder, die ihre Heimat verloren haben, teilweise monatelang auf der Flucht waren und nun in Flüchtlingscamps auf griechischen Inseln leben – allein, ohne Eltern und ohne eine echte Perspektive. Diesen Kindern eine Heimat zu geben, sollte selbstverständlich sein, meint der Integrationsrat der Stadt Unna. Das Gremium fordert, dass Unna einige dieser Kinder aufnimmt. Diese Meinung teilen offenbar nicht alle politischen Parteien, wie sich am Donnerstagabend im Hauptausschuss zeigte.

Seit September 2019 ist Unna Mitglied im Städtebündnis „Sichere Häfen“ und hat sich damit grundsätzlich bereit erklärt, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Das bedeutet nicht, dass Unna nun willkürlich zahlreiche Flüchtlinge aufnimmt, sondern vielmehr, dass die Stadt grundsätzlich bereit wäre, mehr Menschen aus Krisenregionen aufzunehmen, als sie gesetzlich müsste.

„Mehr“ bedeutet in diesem Fall nicht hundert Flüchtlinge, für die Unna plötzlich zuständig wäre; vielmehr geht es dem Bündnis um diejenigen, die am meisten leiden. Und das sind die Kinder.

Etwa 4000 Kinder ohne Eltern sitzen auf griechischen Inseln in überfüllten Lagern fest. Es ist eine Situation, die Unnas Integrationsrat als „Schand“ bezeichnet. „Unna hat gute Voraussetzungen, um einige dieser Kinder aufzunehmen“, sagte Ksenija Sakelsek, Vorsitzende des Integrationsrates, im Hauptausschuss. „Die Strukturen, gera-

de auch im Ehrenamt, sind hier sehr gut. Wenn wir einige wenige Flüchtlinge aufnehmen, wird es Unnas Bürgern dadurch nicht schlechter gehen.“ Doch genau das befürchten offenbar die Ratsvertreter der CDU und der FLU. FLU-Fraktions-Chef Klaus Göldner sprach von einem „Sonderweg“, der „strikt abzulehnen“ sei, „da er für Unna bei fehlender Unterstützung des Landes nicht finanzierbar“ sei. Zudem sei allein die Tatsache, dass „gerade einmal 41 Kommunen“ dem Bündnis „Sichere Häfen“ beigetreten seien, ein Beleg dafür, dass dieser Weg nicht der richtige sei.

Noch weiter holte CDU-Fraktions-Chef Rudolf Fröhlich aus. Er verlas im Hauptausschuss eine vorbereitete, dreiseitige Erklärung, die zu zwei Dritteln eine Auflistung der Sanierungsbedürfnisse



» Wir sehen hier eine menschliche Verpflichtung, zu helfen.«

Charlotte Kunert,
Fraktionsvorsitzende
der Grünen



» Wir haben als Ratsvertreter die Verpflichtung, zu allererst die Interessen der Stadt Unna und ihrer Bürger zu vertreten.«

Rudolf Fröhlich,
Fraktionsvorsitzender
der CDU

Gebäude in Unna sowie der aktuellen Finanzlage war. Denn diese Probleme zu lösen, habe Vorrang vor allen Überlegungen. „zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, so Fröhlich. Man sei als Ratsvertreter gewählt, um Schaden von der Stadt abzuwenden. Und dies beinhaltet die Verpflichtung, „zuallererst die Interessen der Stadt Unna und ihrer Bürger zu vertreten“. Somit könne seine Fraktion der Forderung des Integrationsrates erst zustimmen, wenn „verbindliche Finanzierungsvorschläge sowie die Frage der Kostenerstattung durch Bund und Land geklärt sind.“

„Ich bin sprachlos“, reagierte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Charlotte Kunert auf die Ausführungen des CDU-Ratscherrn, „das tut mir jetzt fast körperlich weh, was hier gerade gesagt wurde. Wir sehen hier eine menschliche Verpflichtung, zu helfen.“

Noch deutlicher wurde der SPD-Fraktionsvorsitzende Bernd Dreibusch. Sichtlich

aufgewühlt und verärgert meldete er sich zu Wort. „Ich bin schockiert, was der CDU-Fraktionsvorsitzende hier gerade vorgelesen hat. So etwas Unmenschliches habe ich in diesem Ratssaal noch nicht gehört. Ich stelle mir gerade vor, wie Sie das einem Flüchtlingskind auf Lesbos vorlesen und ihm erklären, dass der Bund für die Verteilung der Flüchtlinge zuständig ist und Sie ihm daher nicht helfen können.“

Dreibusch griff Fröhlichs Gedanken auf, dass die Ratsmitglieder verpflichtet seien, „der Stadt Bestes zu suchen“ und stellte fest: „Auch das ist ein Suchen nach der Stadt Bestes, wenn wir helfen und Menschlichkeit zeigen. Unna ist eine menschliche Stadt. Und wir sitzen hier eben nicht nur als Politiker, sondern auch als Menschen.“

Wenn die Aufnahme von einigen wenigen Flüchtlingskindern bedeute, dass Unna an anderer Stelle sparen müsse, so nehme er das gerne in Kauf, so Dreibusch weiter:



» Auch das ist ein Suchen nach der Stadt Bestes, wenn wir helfen und Menschlichkeit zeigen. Unna ist eine menschliche Stadt.«

Bernd Dreibusch,
Fraktionsvorsitzender
der SPD



» Wenn wir einige Flüchtlinge aufnehmen, wird es Unnas Bürgern dadurch nicht schlechter gehen.«

Ksenija Sakelsek,
Vorsitzende des
Integrationsrates

„Dann haben wir eben mal drei Schlaglöcher mehr, die nicht repariert werden. Damit kann ich dann aber gut leben.“ Dreibusch bat die Stadtverwaltung, zu prüfen, in welchem Rahmen eine solche Aufnahme kurzfristig möglich wäre. Ende März findet ein bundesweites Treffen der Mitgliederkommunen im Bündnis „Sichere Häfen“ statt, bei dem die rechtlichen Fragen zur Aufnahme durch die Kommunen geklärt werden sollen.

Dass es sich bei der nun diskutierten zusätzlichen Aufnahme nicht um eine große Zahl Flüchtlinge handelt, wurde gegen Ende der Diskussion durch den Beigeordneten Dirk Wigant noch einmal betont: „Vielleicht zum Vergleich: Potsdam hat bereits nach diesem Verfahren Flüchtlinge aufgenommen, und das waren fünf. Unna ist kleiner als Potsdam, würde also weniger aufnehmen.“

Eine endgültige Entscheidung zu der Forderung des Integrationsrates soll nun der Rat in seiner Sitzung am 5. März treffen.